

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Grotzmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich 1 M. 50 Pf., in den übrigen Ländern 2 M.
Postfrei durch den Verleger ins Haus gebracht
kann das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Name im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Einkommensteuerstatistik.

Die erste Veranlagung nach dem neuen
preussischen Einkommensteuergesetz vom 24. Juni
1891, welche für das Steuerjahr 1892-93 statt-
fand, hatte, wie seiner Zeit mitgeteilt, ein Ver-
anlagungssoll von 124 842 848 Mark ergeben,
während das Zahlungssoll der Klassen und
klassifizierten Einkommensteuern nach dem früheren
Gesetz für das Jahr vorher (1891-92) nur
79 557 983 Mark betragen hatte; es hatte sich
also ein Steuermehr von ca. 45 Millionen Mark
herausgestellt; es war dies eine Folge des durch
das Gesetz vom 24. Juni 1891 eingeführten
Deklarationszwangs.

Die zweite Veranlagung nach diesem Gesetz
betrifft das Jahr 1893-94. Hier hat sich das
Veranlagungssoll auf 123 190 131 Mark (gegen
124 842 848 Mark im Vorjahre, also um
1 652 717 Mark oder 1,3 Prozent niedriger) ge-
stellt. Von diesem Minus entfallen 664 537
Mark auf die juristischen Personen und 888 180
Mark auf die physischen. Dieser Rückgang, ins-
besondere bei den physischen, bedeutet aber keinen
Rückgang in den steuerbaren Einkommen. Das
veranlagte Einkommen der physischen Personen hat
sich vielmehr von 5 724 323 767 Mark im Jahre
1892-93 auf 5 725 338 364 Mark im Jahre
1893-94 vermehrt, also um rund 1 Million
Mark. Der Rückgang im Veranlagungssoll er-
klärt sich vielmehr aus der Berücksichtigung der
Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts für
1892-93 über gegen die Veranlagung eingelegte
Berufungen, wonach bei der Veranlagung des
Jahres 1893-94 verfahren werden mußte.

Im Jahre 1893-94 wurden bei einer Be-
völkerung von 20 018 017 Kopien veranlagt
2 481 837 Jeniten (juristische und physische
Personen) gegen 2 437 886 Jeniten im Jahre
1892-93; der Zuwachs an Jeniten beträgt
also 43 951. Die Bevölkerung nahm von
20 895 224 im Jahre 1892-93 auf 20 080 017
im Jahre 1893-94, also um 814 797 Köpfe
oder 0,6 Prozent zu; die Vermehrung der
Jeniten betrug indes 1,8 Prozent, überaus also
die Bevölkerungszunahme um das Dreifache; es
werden mithin etwa 28 000 Personen im Jahre
1893-94 als steuerpflichtig ermittelt worden
sein, die es im vorvergangenen Jahre noch nicht
waren.

Von den 2 481 837 Jeniten sind 2 479 778
physische Personen (2059 juristische Personen).
Im Vorjahre betrug die Zahl der physischen
Jeniten 2 435 808; ihre Zahl hat sich also um
45 970 vermehrt. Frei von Steuer sind 5808
Exterritoriale (gegen 6832 im Vorjahre) und
21 070 481 (gegen 20 945 227) Personen,
deren Einkommen 900 Mark nicht übersteigt,
gebühren. Die veranlagten physischen Personen
(2 479 778) betragen 5,24 Prozent (gegen 5,15)
der Gesamtbevölkerung; von diesen entfallen:

	1893-94	1892-93
auf die Städte . . .	1 444 566	1 409 916
auf das platten Land . .	1 035 212	1 025 942
Das veranlagte Einkommen der physischen Jeniten betrug, wie schon erwähnt,	1893-94	1892-93
5 725 338 364	5 724 323 767;	

hiervon entfielen

	1893-94	1892-93
auf die Städte . . .	3 878 910 364	3 873 315 469
auf das platten Land . .	1 846 428 000	1 851 008 271.

Während also das Einkommen aller Jeniten
sich um 1 014 597 Mark erhöhte, stellte sich das
für die städtischen um 5 584 768 Mark höher,
dasjenige der ländlichen um 285 027 Mark
niedriger. Das Durchschnittseinkommen
eines Jeniten stellte sich auf

	1893-94	1892-93
überhaupt . . .	113 797 945 M.	114 786 103 M.
auf die Städte . . .	83 763 440 "	84 315 007 "
auf das platten Land . .	30 034 505 "	30 471 098 "

es ist also gesunken in den Städten von je 100
auf 99,3 und auf dem platten Lande auf 98,6.
In Prozenten des veranlagten Einkommens
stellt sich der Steuerbetrag auf

	1893-94	1892-93
überhaupt . . .	1,99	2,01
in den Städten . . .	2,29	2,31
auf dem platten Lande . .	1,63	1,63

Auf jedem Kopf der Bevölkerung entfallen in
den Städten 7,01 Mark an Einkommensteuer
(gegen 7,13 im Vorjahre) und auf dem platten
Land 1,66 Mark (gegen 1,69).

Deutschland.

Berlin, 12. Januar. Durch die Blätter
ging neuerdings eine Nachricht des Inhalts, der
Kaiser habe den Leutnant von Wedel vom
2. Garde-Regiment mit einem Schreiben an
den König von Sachsen geschickt, und zwar
sei Herr v. Wedel der Befehl so plötzlich zu-
gegangen, daß er seinen Ritt gewissermaßen „vom
Platze aus“ habe annehmen müssen. Auch allerlei
sonstige Erzählungen wurden an den Ritt ange-
knüpft. Wie die „Kreuz-Ztg.“ berichtet, ist der
Zustand einfach folgender: Seit einiger Zeit
besteht die Anordnung, daß jeder Leutnant der
Kavallerie etwa alle 2 bis 3 Jahre einen größeren
Ritt, welcher auf etwa 24 Stunden sich ausdehnt,
auszuführen hat. Die Wahl des Ziels und die
Zeit der Ausführung bleibt dem betreffenden
Offizier überlassen. Nun ist vom 2. Garde-
Regiment beim König von Sachsen, dem
Chef des Regiments, angefragt worden, ob es ihm
genehm sei, daß ein Offizier des Regiments ihm
die Neujahrswünsche des Regiments überbringe
und hiermit seinen Abschied verbinde. Der
König erwiderte, er interessiere sich für diese Ritte;
man möchte es jedoch so einrichten, daß der
Offizier am 3. Januar eintreffe, da am 1. nicht
genügende Zeit zum Empfangen vorhanden sei.
Demgemäß ist Herr v. Wedel am 2. Januar ab-
geritten und hat am 3. dem hohen Chef die
Glückwünsche überbracht. Die Person des Kaisers
steht mit der ganzen Angelegenheit absolut in
keiner Verbindung.

— Wie seiner Zeit gemeldet wurde, am 28.
v. M. dem Feldmarschall Erzherzog Albrecht durch
eine Depesche vom preussischen Offizier der von dem
Kaiser Wilhelm ihm zugesandte Marschallstab
überreicht. General Westphalen v. Loß hielt
dabei, wie das „Wiener Allgemeine“ berichtet,
folgende Ansprache:

„Durchlauchtigster Herr Erzherzog, Hoch-
gebeteter Herr Generalfeldmarschall! Es. Ma-
jestät der Kaiser und Königin, mein Allergnädigster
Kaiser, hat mir den ehrenvollen Auftrag er-
theilt, Eurer kaiserlichen Hoheit in Allerhöchster
seiner Namen den Kommandostab des preussischen
Feldmarschalls — das Zeichen der höchsten mili-
tairischen Würde, in feierlicher Sendung an der
Spitze ausgewählter Offiziere seines Heeres zu
überreichen. Somit erscheine ich heute das zweite
Mal innerhalb sechzehn Jahren vor Eurer kaiser-
lichen Hoheit, um dem unbeflegten Feldherrn, dem
ersten Soldaten des kaiserlichen und königlichen
Heeres, die Fortdauer unerschütterlicher Verehrung
und waffenbrüderlicher Freundschaft zu versichern,
welche im Hohenjollerntamme für Eure kaiser-
liche Hoheit fortleben — von unserem großen
Kaiser und seinem erlauchtem Nachfolger auf
unseren Allergnädigsten Herrscher, den Träger und
Bewahrer jedweder ruhmvollen Ueberlieferung
übergegangen ist. Es. Majestät der Kaiser hat
aber durch die Verleihung der preussischen Feld-
marschallwürde an Eure kaiserliche Hoheit nicht
allein seiner persönlichen Bewunderung für höchst-
glänzende militärische Eigenschaften den höchsten
Ausdruck geben — er hat auch Eurer kaiser-
lichen Hoheit Heidenlaufbahn von kleinem Seiner
Armee, welche Eure kaiserliche Hoheit nun seit
Jahren angehört, als Vorbild darstellen — seine
Offiziere, vom Leutnant bis zum Königin, zur
Nachahmung anspornen gewollt. Und in Wahr-
heit! — wo gibt es heute noch in Europa einen
Feldherrn, der im gleichen Maße wie Eure kaiser-
liche Hoheit das weltgeschichtliche Beispiel liefert,
daß der reichste, der unermessliche kriegerische
Vorbereit nicht ein launisches Geschenk des Glückes,
sondern die Frucht hervorragender, angestammter
Begabung — zielbewusster Pflege und zäher Arbeit
von Jugend auf — loyaler Soldatentreue und
selbstloser Vaterlandsliebe — kurz einer seltenen
Vereinigung von Verstandes- und Charaktereigen-
schaften ist. Wenn Erzherzog Albrecht jedesmal,
so oft er den Degen zog, den Sieg an die kaiser-
lichen Fahnen schickte — so war der Erfolg nicht
allein ein Triumph seiner Feldherrnkunst — son-
dern auch des unbedingten Vertrauens, welches
seine Truppen in den tapferen und glücklichen
Sohn des Siegers von Aspern — in den be-
rühmtesten Schutze des Meisters Nadezh zu
legen gewohnt waren. Und wenn heute, wie seit
Jahrhunderten, die kaiserliche und königliche Ar-
mee — fortgeschritten auf allen Gebieten der
Kriegskunst — treu und tapfer das feste Boll-
werk des Thrones und des Vaterlandes ist, so
verdankt sie diesen Ruhm nicht dem Vorbilde,
der Hülfsorg, der Weisheit ihres ritterlichen
Kaisers, der unermüdeten Treuearbeit Eurer
kaiserlichen Hoheit. Davon hat die Arme vor
wenigen Monaten auf Ungarns Gefilden — vor
Europas Augen glänzende Probe gegeben — und
das ist der Augenblick gewesen, da Es. Majestät
der Kaiser, unser Allergnädigster Herr, der ein
geheimlicher Kenner militärischer Tüchtigkeit ist —
durch die Verleihung der Feldmarschallwürde im
eigenen Heere in Eurer kaiserlichen Hoheit den
langjährigen und erfolgreichen Verweiser der
berühmten Armee zu ehren den Wunsch hatte.
Und darum bitte ich Eure kaiserliche Hoheit, die
Gabe meines kaiserlichen Herrn, den Kommando-
stab des preussischen Generalfeldmarschalls nebst
dem begleitenden Handschreiben in freundschaft-
licher Würdigung der Genugthuung annehmen zu wollen,
welche der hohe Ober in diesem Schreiben zum
Ausdruck bringt. Ein Zeichen der persönlichen
Verwunderung und Freundschaft Es. Majestät für
Eure kaiserliche Hoheit — ein Beweis der An-
erkennung für höchstherausragende militä-
rische Verdienste — ein Symbol der Einigkeit
zwischen den verbündeten Monarchen — ein Band
der Waffenbrüderschaft zwischen den beiden Ar-
meen. Beide vereint in der Treue gegen ihre
Herrscher — in der Liebe zum Vaterland — in
patriotischem Streben nach höchster kriegerischer
Tüchtigkeit, welche der sicherste Hort des Welt-
friedens, des kostbarsten Gutes aller Nationen ist.
Gott erhalte Eure kaiserliche Hoheit noch lange
Jahre an der Spitze der kaiserlichen und kaiser-
lichen Armee — als stehende Stütze höchsther-
vorragender — zur Ehre Österreich-Ungarns und
zum Heile der Welt!“

— Auf die Glückwunschk-Adresse, welche die
Stadtverordneten-Versammlung aus Anlaß des
jüngsten Jahreswechsels an den Kaiser gerichtet
hat, ist folgendes Dankschreiben eingegangen:
„Der Stadtverordneten-Sprecher Ich für die
tremen Segenswünsche, welche Mir dieselben als
Vertreter der Berliner Bürgerschaft beim
Jahreswechsel gewidmet haben, Wiemen herz-
lichen Dank aus. Gern werde Ich auch im
neuen Jahre die fortschreitende Entwicklung
Meiner Hauptstadt und Residenzstadt mit meinem
lebhaftesten Interesse begleiten und mich freuen,
wenn Ich sehe, wie die städtischen Behörden in
aufopferungsvoller Arbeit bemüht sind, den stetig
wachsenden Anforderungen der Gegenwart, ins-
besondere auf dem Gebiete des Verkehrs, der
Schule und der Gesundheitspflege, sowie in der
Fürsorge für den Kranken und nothleidenden
Theil der Einwohnerschaft, nach Möglichkeit ge-
recht zu werden.“

Berlin, 9. Januar 1894.

Wilhelm R.

— Einige Zeitungen fahren fort, sensationelle
Nachrichten über gewisse, auf die Tagesfragen be-
zügliche Äußerungen des Finanzministers Dr.
Miquel, welche derselbe bei einem von ihm in
seiner Wohnung veranstalteten Diner gemacht
haben soll, zu verbreiten. Von einem Teilnehmer
dieses Diners geht der „Nat.-Ztg.“ die Mitthei-
lung zu, daß der Verfasser der betreffenden An-
gaben sich eine offensbare Mystifikation des Publi-
kums gestattet hat. Der Reichskanzler war nicht,
und von den preussischen Ministern waren nur die
des Kultus und der öffentlichen Arbeiten, außer-
dem der Staatssekretär Frhr. v. Marschall zu-
gegen. Schon diese Thatsache beweist, daß der
Verfasser, indem er den Reichskanzler und ein
hohes Minister als Teilnehmer bezeichnet, ein le-
bhaftes Erfindungsgenie entwickelt. Was aber die
dem Minister Dr. Miquel in den Mund gelegten
Äußerungen betrifft, so genügt es, hervorzuheben,
daß sich unter den Gästen auch einer der russischen
Handelsvertragsbevollmächtigten befand, um es zu
verstehen, daß Herr Miquel sich nicht in der be-
haupteten Art über den Reichstag und die fälsch-
lichen Ansichten, welche ein deutsch-russischer Han-
delsvertrag im Reichstag habe, geäußert haben
könnte. In einem Gespräch mit einem der we-
nigen in der Gesellschaft befindlichen Reichs-
tagsmitglieder vertrat der Minister Miquel sogar

eine Ansicht, welche der ihm in der erwähnten
Mystifikation zugeschriebenen schnurstracks wider-
spricht.

— Der vom Magistrat an Stelle des ver-
storbenen Schulraths v. Harques zum Stadtschul-
inspektor für den ersten Schulkreis gewählte
Rector Ernst in Schneidemühl hat, wie die
„Voss. Ztg.“ vernimmt, die staatliche Bestätigung
nicht erhalten.

— Der Vorstand des Zentralvereins der
deutschen Wollenwarenfabrikanten erhielt aus
seiner Eingabe, betreffend das Verbot der Extra-
Uniformen, folgende Antwort:

Kriegs-Ministerium. Berlin, 31. Dezbr. 1893.
Auf das Schreiben vom 6. d. M. wird der
Zentralverein deutscher Wollenwarenfabrikan-
ten“ ergebnislos benachrichtigt, daß die durch die
Freiheits- und Handelsverträge, das Verbot des
Kriegsmilitärs zum Tragen eigener klei-
dungsstücke aus feinerem Tuch durch die Mann-
schaften bedingte, nicht zureichend, es vielmehr auch
für die Zukunft bei dem in der Armee in dieser
Hinsicht bestehenden Gebrauch sein Bewenden be-
hält. Im Auftrage: von Sund.

— Die „Kreuz-Zeitung“ bemüht sich, die
Bedeutung der Kundgebung des Ausführes des
ostpreussischen konservativen Vereins abzuwachen,
indem sie sich auf Zeitungsartikel und anonyme
Zuschriften hervorragender Parlamentarier bezieht.
Man erwarte auch in Ostpreußen, daß der Handels-
vertrag mit Rußland werde abgelehnt werden.
Die Aufhebung des Identitätsnachweises ergebe
gegenüber den Interessen der westlichen Landwirth-
schaft fast unmöglich. Es sei sogar fraglich, ob
der ostpreussische Landwirthschaft im Großen und
Ganzen irgend ein Vortheil aus der Aufhebung des
Identitätsnachweises zufließen würde. Es
würde gewiß von Interesse, den Namen des her-
vorragenden Parlamentariers zu erfahren, der
diese Einwendungen, wie die „Kreuz-Ztg.“ schreibt,
mit: „Sehr richtig! bezeichnet haben soll, nachdem
er in der Zukunft an den Reichstanzler mit
Namensunterstützung die Ansicht vertreten, daß die
Aufhebung des Identitätsnachweises Abhilfe ge-
währen, auch erheblich fördernd und belebend auf
den Handel und Verkehr einwirken werde. Die
ostpreussischen Landwirthe erwarteten darum die
schnelle Lösung dieser Frage. Und wenn auch
in konservativen Kreisen Ostpreußens mit
Bestimmtheit die Ablehnung des Handelsvertrages
mit Rußland erwartet wird, wie konnte dann in
der Zukunft bemerkt werden, daß man es mit
Rückblick auf die Verhandlungen mit Rußland
für eine patriotische Pflicht angesehen habe, die
Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises
nicht in öffentlicher Versammlung zu behandeln,
weil die russischen Vertreter die Verhandlungen
in ihrem Interesse hätten verwerten können? Wie
wenig die „Kreuz-Ztg.“ selbst auch ihren
Discreditationsversuchen traut, erhellt aus der
Thatsache, daß sie an anderer Stelle schreibt, daß
durch den Schriftwechsel zwischen dem Ausführes
des konservativen Parteiverbandes von Ostpreußen
und dem Reichstanzler die konservative Partei in
ihrer Gesamtheit nicht berührt werde. Man
wird das abwarten müssen.

— Dem Sprecher der Berliner freireligiösen
Gemeinde, Dr. Bruno Wille aus Friedrichshagen,
ging am 10. Januar folgendes Schreiben des
königlichen Provinzial-Schulcollegiums zu:

„Euer Wohlgeborn haben nach den Ermitt-
lungen des hiesigen königlichen Polizeipräsidiums
die Ihnen unterm 24. November v. J. unter
Strafandrohung von uns verbundene konfession-
splatzliche unterrichtliche Tätigkeit fortgesetzt,
und zwar am Sonabend, 9. und 16. Dezember v. J.,
in dem Lokal von Bachmann, Dresdener Straße
45, und am Mittwoch, 13. und 20. Dezember
v. J., in dem Lokal von Philipp, Rosenkaler
Straße 38. Für diese vier Uebertretungsfälle
setzen wir eine Geldstrafe von zusammen 400
Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine
Haft von zusammen 40 Tagen tritt, gegen Sie
ist und fordern Sie auf, den festgesetzten Straf-
betrag binnen vierzehn Tagen, vom Tage der Be-
kündigung dieser Verfügung an gerechnet, zur
Verminderung der Zwangsvollstreckung an unsere
Büroausgabe, Schillingstraße 26 II hier, postfrei
abzuführen.“

Auf Veranlassung des Dr. Wille hat der
Rechtsanwalt Wolfgang Heine gegen die vorjährige
Strafandrohung beim Kultusministerium Ver-
schärfe gefordert, doch liegt die Antwort noch aus.
Der Aufforderung, 400 Mark Strafe zu zahlen,
beabsichtigt Dr. Wille jetzt nicht nachzukommen,
sondern es soll nöthigenfalls die richterliche Ent-
scheidung herbeigeführt werden.

— Die von mehreren Zeitungen verbreitete
Legende über die hinter dem Rücken des Reichs-
kanzlers erfolgte Ernennung des Hauptmanns
v. Nagner, vom Garde-Schützenbataillon zum
Gouverneur von Kamerun, eine Ernennung, die
beim Kaiser von Kaiserlich geführt haben
soll, und erst auf den energischen Protest des
Grafen Caprivi vom Kaiser zurückgenommen wor-
den sein soll, beruht, wie dem „N. Z.“ von zu-
verlässiger Seite mitgeteilt wird, auf einem dop-
pelten Mißverständnis. Zunächst hat es sich
nicht um den Posten des Gouverneurs, der be-
kanntlich befestigt ist, sondern um den eines Ge-
heimen Kammerer Polizeitruppe gehandelt, für den
ein scheidender Militär ausgesucht werden sollte.
Für diesen Posten nun hat der Kaiser allerdings
in einem Telegramm an den Reichskanzler den
Hauptmann von Nagner vorgeschlagen, auf die
Vorstellung des Grafen Caprivi aber, lieber eine
mit dem Kammerer Verhältnisse mehr vertraute
Persönlichkeit damit zu beauftragen, ohne Weiteres
der Entsendung des Hauptmanns Morgen zu-
gestimmt. Hauptmann Morgen, welcher für einen
unserer tüchtigsten und jedenfalls erfolgreichsten
Erpörger Kameruns gilt, wird bereits am näch-
sten Montag abreisen.

— Die deutschen Flachspinner, welche kürz-
lich in Berlin verhandelt waren, haben an ihre
Abnehmer nachfolgendes Zirkular erlassen:
„In Folge des allgemein dringenden Be-
durfes der Spinner und der fast gänzlichen Er-
schöpfung der alten Flachbestände in Rußland
haben die Preise für Fläche der 1893er Ernte
dieselbst zu Beginn der diesjährigen Verkaufs-
kampagne von vornherein auf ihrem höchsten
Stand dieses Jahres eingestiegen und sind von da
ab in Folge des von allen Ländern stattgehabten
anhaltend lebhaften Begehrens mannigfaltig weiter
gestiegen; dieselben haben heute eine Höhe erreicht,
die man im Verlauf der letzten Jahrzehnte nicht
mehr für möglich gehalten hätte und sich zu den
Garnpreisen in einem solch abnormen ungünstigen

Verhältnis, daß sich die Spinner im Interesse der
Selbsthaltung in der beabsichtigen, jedoch ab-
solut unvermeidlichen Lage befinden, die Garnpreise
allgemein zu erhöhen.

Die einzelnen Spinner werden sich gestatten,
ihnen durch Ausgabe neuer Listen ihre Preise des
Näheren kund zu geben. Sie sehen sich aber zur
Rechtfertigung dieses Vorgehens zu der den Thats-
achen entsprechenden gemeinschaftlichen Erklärung
gezwungen, daß die gegenwärtig zur Geltung ge-
langenden Preisverhältnisse weit davon entfernt
sind, dem Gewinners nur annähernd eine Aus-
gleichung der höheren Rohstoffpreise zu gewähren,
daß dieselben vielmehr nur den kleineren Theil
der gegenwärtigen höheren Herstellungskosten zu
decken im Stande sind und den Spinner vor
die unerföhrliche Ansicht stellen, das kom-
mende Jahr mit Unterbilanz abzuschließen zu
sehen.“

— Das Reichs-Versicherungsamt ist damit
beschäftigt, seinen dem Reichstanzler zu erstattenden
Geschäftsbericht für das Jahr 1893 zusammenzu-
stellen. Der Bericht wird sich auf die Unfall-
sowie Invaliditäts- und Altersversicherung er-
strecken. Er dürfte auch wieder dem Reichstage
vorgelegt werden.

— Die Sozialdemokraten lieben es, bei jeder
Gelegenheit ihre Zuhörer oder Leser glauben zu
machen, daß die Gesetze, welche den Arbeitern
Vortheile bringen, lediglich aus Furcht vor der
Sozialdemokratie angeregt und zu Stande ge-
bracht seien. Wir haben schon früher darauf hin-
gewiesen, daß die gesetzlichen Bestimmungen, welche
wie die über Gewerkschaften und Freizügigkeit,
den Arbeitern die meisten Vortheile gebracht
haben, entstanden sind, ehe man überhaupt an
eine Sozialdemokratie im heutigen Sinne dachte.
In der Reichstags-Sitzung vom Mittwoch hat nun
aber der Reichstagsabgeordnete Frhr. von Stumm
sich das Verdienst erworben, darauf hinzuweisen,
daß auch die Arbeiterversicherungs-Gesetze viel
früher angeregt worden sind, als die Führer der
Sozialdemokratie sich einbilden konnten, daß aus
Furcht vor ihnen Gesetze gemacht würden. Herr
von Stumm wies nach, daß die Unfallversicherung
vom Zentrum, die Invaliditäts- und Altersver-
sicherung von ihm selbst zuerst in Antrag ge-
bracht seien und daß dies zu einer Zeit geschähe
sei, als sich um die Fahne des Herrn Bebel eine
Handvoll Anhänger geschaart hatte, die so klein
war, daß sie auch bei übertriebenem Selbstge-
fühl nicht hätte annehmen können, Staat und
Gesellschaft wären von Furcht vor ihr ergriffen.
Es ist ja bekannt, daß die sozialdemokratischen Ab-
geordneten gegen alle Arbeiterversicherungs-Gesetze
gestimmt haben. Der eigentliche Grund dieses Ver-
haltens liegt darin, daß sie nur unzufriedene Ar-
beiter brauchen können. Offensichtlich allerdings
geben sie als Ursache für ihre Abstimmung an,
sie erachteten nicht den Arbeitern mit den Ver-
sicherungs-Gesetzen gemachten Zugeständnisse als
nicht genügend. Und wenn einmal ein Arbeiter
darauf aufmerksam macht, daß man doch Vortheile
für die Arbeiter überhaupt nicht ausschlagen sollte,
so brüsten die Herren sich damit, daß sie trotzdem
das eigentliche Verdienst an dem Zustandekommen
der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung haben, weil
die letztere nur aus Furcht vor der Sozialdemokratie
in die Wege geleitet sei. In der Reichstags-Sitzung
vom Mittwoch hätten die Herren diese ihre Ver-
hauptung zu beweisen Gelegenheit gehabt. Sie
haben auch versucht, von der Gelegenheit Gebrauch
zu machen. Es ist ihnen aber völlig mißlungen.
Durch die Verhandlungen dieser Sitzung ist außer
Zweifel gestellt, daß die Arbeiterversicherungs-
Gesetzgebung nicht aus Furcht vor der Sozialdemo-
kratie angeregt worden sein kann. Wenn die
sozialdemokratischen Führer trotzdem auch in Zu-
kunft mit ihrer alten Behauptung auf Stimmen-
fang ausgehen sollten, so wird man nunmehr
hoffentlich überall wissen, was man davon zu
halten hat.

Vielleicht der stärkste Beweis für die
Rohltätigkeit der Arbeiterversicherungs-Gesetz-
gebung ist die immer wieder hervortretende Zu-
nahme der Sozialdemokratie. Die letztere hat
auch gegen die ganze Gesetzgebung bei ihrem
Entstehen gestimmt. Und nun vernimmt sie sich
fast noch entschiedener als andere Parteien gegen
jedes Mittel an den Grundlagen eben dieser Ge-
setzgebung. In dieser fast widerwilligen und
widerstrebenden Zustimmung liegt eine bedeutame
Anerkennung, daß hier etwas von hoher Bedeutung
für das Wohl der Arbeiterklassen geschehen ist.
Im Zusammenhang damit weist die „Nat.-Ztg.“
Korr.“ auf die merkwürdige Thatsache hin, daß
in der vorgeschlagenen Sitzung der Budgetkommission
die neu gebildete Stelle eines Direktors im
Reichsamt des Innern, die schließlich durch Kon-
servative und Zentrum abgelehnt wurde, u. A. von
den sozialdemokratischen Vertretern befristet
ward, weil sie mit den vermehrten Arbeiten auf
sozialpolitischem Gebiet begründet war. Die nur
mit einer Stimme Mehrheit abgelehnte Direktors-
stelle wird wohl vom Plenum noch bewilligt wer-
den. Das Verhalten der Konservativen in der
Kommission erinnerte an die berühmte Verwerfung
einer Direktorsstelle im Auswärtigen Amt Mitte
der achtziger Jahre, nur daß diese damals eine
Demonstration der Deutsch-Freiwillichen, Sozial-
demokraten u. gegen den Fürsten Bismarck war.
Jetzt hängt das Verhalten der Konservativen wohl
mit den — Handelsverträgen zusammen.

— Zu den Vorschlägen des Herrn v. Dieft-
Daber in der „Kreuz-Ztg.“ über eine anderweitige
Bestimmung des Spiritus wird der „Voss. Ztg.“
von befreundeter Seite geschrieben:

„Das Erscheinen dieses Artikels ist zu einer
Steigerung der Spirituspreise an der Börse aus-
gebeutet worden und war in Großgrundbesitzer-
kreisen schon vorher bekannt. Im Wesentlichen
decken sich die Vorschläge des Herrn von Dieft-
Daber mit denjenigen, die Herr Dr. Wittelschöfer,
Beauher des Vereins der Spiritusfabrikanten, im
vorjährigen Januarnummer der Comarischen Jahr-
bücher veröffentlicht hat und von denen die „Voss.
Ztg.“ in ihrer Nummer 493 vom 20. Oktober
1893 Kenntnis gegeben hat. Daß in agrarischen
Kreisen die Absicht besteht, die Viehesgabe in der
Form zu vermindern, daß man sich günstige Preise
vom Staate zufließen läßt, darüber herrscht kein
Zweifel; ebenso ist anzunehmen, daß der Finanz-
minister, wenn er dem Staate aus dem Brannt-
wein höhere Einnahmen sichern kann, sich hierzu
die Hilfe der konservativen Partei durch ent-
sprechende Berücksichtigung agrarischer Wünsche
sichert. Trotzdem demnach die Behauptung, daß
ein Branntwein-Monopol in Aussicht steht, wahr-
scheinlich klingen könnte, erscheint es dennoch vor-
theilhaft gerathen, die Projekte des Herrn von Dieft-

Daber nur als seine eigenen und darum in-
föhrer Gelassenheit zu betrachten. Ein großer
Theil der Landwirthschaft, noch mehr aber Herr
Miquel selbst, sind sich der großen Schwierig-
keiten bewußt, die das Projekt dadurch in sich
birgt, daß die Verminderung des Konsums sich
durchaus nicht, nicht einmal annähernd, abschätzen
läßt, die jede erhebliche Erhöhung des Preises in
Verbindung mit der Verminderung der Ausfuhr-
gelegenheiten nach sich ziehen muß. Sodann aber
kennt man im preussischen Finanzministerium nur
zu gut die Schwierigkeiten, denen die Annahme
eines solchen Gesetzesentwurfes begegnen würde. Man
hat dort noch nicht vergessen, daß der Reichs-
kanzler vor Annahme der Militärvorlage aus-
drücklich auf eine Erhöhung der Branntweinsteuer
(und darauf kommt jede Monopolisierung hinaus)
verzichtet hat. Man übersteht dort auch nicht die
ausfallgebende Zentrumspartei, die sich noch in
ihrem letzten Wahlaufsätze im Jahre 1893 feierlich
gegen jedes Monopol erklärt hat. Die Er-
klärung des Herrn von Dieft-Daber, die den legiti-
men Handel beunruhigt und erhebliche Preis-
schwankungen hervorruft, läßt sich auch anders
deuten. Daß Herr von Dieft-Daber die Geneh-
migung des Finanzministers zur Ausarbeitung
eines Gesetzesentwurfes erhalten haben will, beruht
wohl nur auf mangelhafter Ausdrucksweise. Er
bedarf hierzu keiner Genehmigung. Jedem Deut-
schen steht es vollkommen frei, Gesetzesentwürfe
jeder Art, und wären sie noch so wunderbar und
phantastisch, auszuarbeiten. Vielleicht hat Herr
von Dieft-Daber sagen wollen, daß der Finanz-
minister von seinem Gesetzesentwurf Kenntnis ge-
nommen hat. Dem mag so sein. Der mögliche
gierige Dr. Miquel will sich keine Gelegenheit zur
Verbreitung seiner Kenntnisse entgehen lassen, be-
sonders in seinem Sonntags-„die Steuerbe-
lastung des Volkes“. Allerdings ist im vorigen
Jahre der Wunsch ausgesprochen worden, die Pro-
jekte vorläufig nicht zu veröffentlichen. Man
wollte zu einer Zeit, wo Wahlen in Aussicht
standen, die Gemüther nicht noch mehr beunruhigen,
als es ohnehin schon der Fall war. Heute,
nachdem die Wahlen vorüber sind, hat der Finanz-
minister keinen Anlaß mehr, die Geheimhaltung
der Projekte des Herrn von Dieft-Daber zu wünsch-
en. Es kann ihm nur angenehm sein, wenn
recht deutlich hergestellt wird, welche Zudrücken
ihn für den Fall der Ablehnung der Tabaks- und
Weinsteuern zur Verfügung stehen. Ihn ver-
pflichtet oder bindet die Veröffentlichung des
Herrn v. Dieft-Daber in keiner Weise; ander-
seits ist den Agrariern die Veröffentlichung jetzt
sehr erwünscht. Die Spirituspreise stehen noch
immer sehr niedrig und die Aussicht auf ein
Monopol kann nur eine bessere Verwertung der
großen Vorräthe jetzt während des Höhenpunktes
der Brennperiode erleichtern. Wir wollen nicht
sagen, daß dies die Ursache für die Veröffentli-
chung gewesen ist, immerhin ist es, sei es beab-
sichtigt oder nicht, eine den Agrariern sehr er-
wünschte Nebenwirkung derselben. Die Inter-
essanten aber haben jedenfalls Grund, sich zusam-
menzuschließen und die Abwehr derartiger Be-
strebungen kräftig in die Hand zu nehmen. Die
Veröffentlichung des Herrn v. Dieft-Daber ist eine
Drohung und ein Föhrer zugleich.“

Breslau, 11. Januar. In der heutigen
Provinzial-Versammlung, Abtheilung Schlesien,
des „Bundes der Landwirthe“ theilte Herr von
Pöck mit, daß ihm Herr v. Wirsach telegraphisch
die Erklärung gesandt habe: die ostpreussischen Mit-
glieder des Bundes würden trotz Aufhebung des
Identitätsnachweises so lange gegen den deutsch-
russischen Handelsvertrag stimmen, bis die Doppel-
währung gesichert sei.

Köln, 11. Januar. Der „Kölnischen Ztg.“
wird aus Petersburg gemeldet, daß dem General
Surot in Folge einer Nebenilustroktion durch
Professor Bergmann eine Bege abgenommen wurde,
worauf angeblich Beförderung eingereicht sein soll.
Der Zar bot Surot, der vorläufig nicht trans-
portfähig ist, zur Erholung ein Schloß in der
Armen an.

Hamburg, 10. Januar. Der Verein für
Verkehrsinteressen hatte auf gestern Abend nach
dem großen Saale des Konventgartens eine Ver-
sammlung von Kaufleuten, Gewerbetreibenden u.
einberufen, die, nachdem der Kaufmann Dohmann
die Winkungen der in Aussicht genommenen neuen
Stempelsteuern beleuchtet hatte, die folgende Reso-
lution annahm:

„Die am 9. Januar 1894 im „Konventgar-
ten“ von Hamburgs Kaufleuten und Fabrikanten
besuchte Versammlung erklärt die geplanten Stem-
pelsteuern für durchaus verwerflich. Abgesehen
von den endlosen Placereien und Scheereuren, be-
lastet sie vornehmlich den kleineren und mittleren
Handelsstand und vergrößert die Spesen. Die
Versammlung hält die Steuern für drückend und
ungerecht.“

Eine im Sinne dieser Resolution gefasste Wit-
tischrift an den Reichstag soll in der Börse zur
Unterstützung ausgesetzt werden.

Hamburg, 11. Januar. Senator O'Swalb
feierte heute sein 50jähriges Jubiläum als Senator,
wogu ihm viele Ehrenpenden und zahlreiche
Glückwünsche dargebracht wurden. Von Kaiser
Wilhelm war ein telegraphischer Glückwunsch ein-
getroffen.

Österreich-Ungarn.

Wien, 11. Januar. Der Erzherzog Kar-
lwinig genehmigte als Protektor der Geographi-
schen Gesellschaft die Wite des Präsidiums, den
Erzherzog Franz Ferdinand in Anerkennung der
anlässlich der Weltreise erworbenen hervorragenden
Verdienste um die Förderung der Ethnographie
und Geographie in einer Festversammlung zu
ehren.

Brag, 11. Januar. In Folge der Spaltung
im konservativen Großgrundbesitzer beabsichtigen die
altgehegten Landtagsabgeordneten ihre Man-
date niederzulegen.

